

Seelow/Bad Freienwalde (A 7591)
Dienstag,
5. Februar 2008

UN befasst sich mit Enteignungen

Menschenrechtsausschuss lässt Beschwerde aus Brandenburg zu

Frankfurt (Oder) (sas) Der Umgang des Landes Brandenburg mit den Erben von Bodenreformland in Deutschland kommt noch einmal auf den Prüfstand. Der UN-Menschenrechtsausschuss in Genf habe eine Individualbeschwerde aus Brandenburg formal angenommen, teilte Rechtsanwalt Torsten Purps gestern in Potsdam mit.

Purps hatte die Enteignung von Bodenreformland-Erben, die nicht in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft tätig waren, bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht, war dort aber 2005 juristisch gescheitert. Die Annahme der Beschwerde in Genf wertet er nun als gutes Zeichen. Offenbar sei das in Deutschland praktizierte Enteignungsverfahren dem UN-Menschenrechtsausschuss durchaus eine Erörterung wert, so der Anwalt.

Die durch den Bundesgerichtshof als rechts- und sittenwidrig angeprangerte Enteignung von vermeintlich nicht zu ermittelnden Boden-

reformland-Erben durch das Land Brandenburg bezeichnet Purps als „nur die Spitze des Eisberges“. Auch der Bundesvorsitzende der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE), Manfred Graf von Schwerin, weist darauf hin, dass sein Verband bereits seit über zehn Jahren gegen die rechtswidrige Praxis des Landes zu Felde gezogen ist. „Wir haben unter anderem alle Grundbuchämter aufgefordert, Widerspruch gegen die Eintragung des Landes als Eigentümer der Flächen ins Grundbuch einzulegen“, erklärt von Schwerin. „Leider ohne Erfolg.“ Das Programm des Landes zur Rück-

abwicklung dieser Enteignungen müsse nun zügig umgesetzt werden, fordert der ARE-Chef und plädiert für die Einrichtung eines Kontrollausschusses.

Andere ostdeutsche Bundesländer sind von dem BGH-Urteil offenbar nicht betroffen. „Wir haben keinen einzigen derartigen Fall“, hieß es aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Nicht das Land, sondern Dritte seien bevollmächtigt worden, die Interessen unbekannter Bodenreformland-Erben zu vertreten, erklärte etwa Gernot Haffner, Sprecher des Schweriner Landwirtschaftsministeriums: „Alles andere wären doch In-Sich-Geschäfte.“